

Die Harke

Gestaltungs- und Machtinstrument

Stadtrat stimmt mehrheitlich für eine Vereinbarung zur Langzeitsicherung der Sonderabfalldeponie

Von Heidi Reckleben-Meyer

Rehburg-Loccum. Bei zwei Gegenstimmen der beiden FDP-Ratsmitglieder Andreas Wagener und Ton van den Born stimmte der Rehburg-Loccumer Stadtrat mehrheitlich dem Abschluss einer Vereinbarung mit dem Land Niedersachsen über die Langzeitsicherung der Sonderabfalldeponie (SAD) Münchehagen am Mittwochabend im „Deutschen Haus“ zu.

Vor dieser Abstimmung ließ Stadtbürgermeister Martin Franke nicht nur die Geschichte der Giftmülldeponie Revue passieren, sondern ging auch auf die jüngste HARKE-Berichterstattung in vielen Einzelheiten ein. Das sah er deshalb als geboten an, weil einiges, was in den Zeitungsberichten von seinem Vorgänger im Amt, Dieter Hüsemann, oder auch von den Bürgerinitiativen (BIs) aus Wiedensahl und Petershagen geäußert wurde, „ist falsch oder unklar“. Er könne die Kritik widerlegen und einige Behauptungen „sind schlicht an den Haaren herbeigezogen“.

Kein Beseitigungsanspruch

Denn: 1988 habe das Verwaltungsgericht nicht etwa einen Beseitigungsanspruch entschieden, sondern festgestellt, dass neu beschieden werden müsse. Die Deponie sei nicht nur rechtswidrig, sondern illegal gewesen. Einen gerichtlich festgestellten Beseitigungsanspruch gebe es nicht. Mit Blick auf die Kritik Hüsemanns, der befürchtet, dass die Kommunen mit dem neuen Langzeitvertrag den Beseitigungsan-

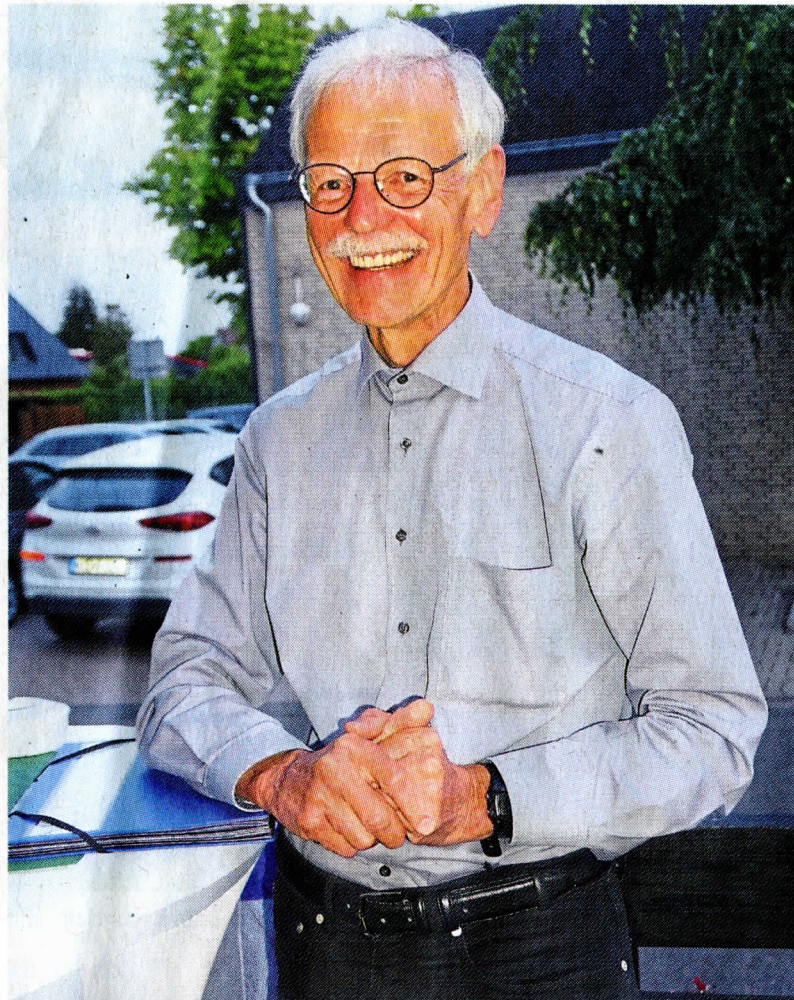
”

Dieser Vertrag ist in der gegenwärtigen Situation das Beste, was passieren kann.

Meinfried Striegnitz,
langjähriger Vorsitzender des Bewertungsgremiums zur SAD

des Jahr gibt es einen Bericht, alle fünf Jahre einen zusammenfassenden und sehr umfangreichen Statusbericht.

Seit 2016 machten sich alle Seiten Gedanken über eine Langzeitsicherung der Deponie. In den Jahren 2020 und 2021 sei das Langzeitmonitoring parallel zum bisherigen Verfahren erprobt worden. Die Ergebnisse beider Verfahren seien nahezu identisch gewesen. „Ich dachte anfangs, beim Langzeitmonitoring würden die Mess-Intervalle und oder Anzahl der Messstellen weniger. Das ist aber nicht so“, betonte Franke. Wenn man aber über ein Langzeitmonitoring spreche, lasse sich das nur schwerlich mit



Meinfried Striegnitz, von Beginn an Vorsitzender des Bewertungsgremiums, wurde in einer Sitzungsunterbrechung des Stadtrates zum Vertragsentwurf für die Langzeitsicherung der SAD angehört.

FOTO: RECKLEBEN-MEYER

wurf gehört worden sei, greife nicht: „Das ist selbstverständlich passiert.“ Schmidt habe am Entwurf kritisiert,

Stadtrat. Die in der Kritik stehende „verhältnismäßige Lösung“ sei ein juristischer Grundsatz. „Was daran

könnte mit einer Vertagung Widersprüche eventuell auflösen.

Dörte Zieseniß (SPD) beantragte eine Sitzungsunterbrechung, um die Meinung des langjährigen Vorsitzenden des Bewertungsgremiums, Meinfried Striegnitz, der eigens aus Lüneburg angereist war, zu dem Vertragsentwurf zu hören. „Dieser Vertrag ist in der gegenwärtigen Situation das Beste, was passieren kann“, sagte Striegnitz. Das Land Niedersachsen werde mit diesem neuen Vertrag sehr viel mehr gebunden als die Kommunen. Aus seiner Sicht „sitzen die Kommunen mit diesem Vertrag nicht vor dem Zaun, sondern am Steuerhebel“. Striegnitz, von Haus aus Diplom-Physiker, hält diesen Vertrag für ein „richtiges Gestaltungs- und Machtinstrument“. Das Land habe mit diesem Vertrag nicht die Hoheit, notwendige Maßnahmen als schlecht oder ungünstig abzulehnen. Das Bewertungsgremium würde im Fall einer notwendigen Nachbesserung der Sicherungsmaßnahmen Vorschläge unterbreiten, an denen das Land nicht vorbeikomme, zeigte sich Striegnitz überzeugt.

Vertagung zurückgezogen

Jürgen Busse sagte nach dieser ausführlichen Beurteilung von Striegnitz, er wisse nicht, ob man das angesichts dessen überhaupt noch verschieben müsse. Dörte Zieseniß unterstrich, sie habe damals auch vor dem Tor der Deponie gesessen und demonstriert, aber eine Möglichkeit zur Beseitigung gebe es derzeit nicht: „Deshalb: Aus meiner Sicht können wir den Vertrag hier

über die Langzeitsicherung der Sonderabfalldeponie (SAD) Mönchehagen am Mittwochabend im „Deutschen Haus“ zu.

Vor dieser Abstimmung ließ Stadtbürgermeister Martin Franke nicht nur die Geschichte der Giftmülldeponie Revue passieren, sondern ging auch auf die jüngste HARKE-Berichterstattung in vielen Einzelheiten ein. Das sah er deshalb als geboten an, weil einiges, was in den Zeitungsberichten von seinem Vorgänger im Amt, Dieter Hüsemann, oder auch von den Bürgerinitiativen (BIs) aus Wiedensahl und Petershagen geäußert wurde, „ist falsch oder unklar“. Er könne die Kritik widerlegen und einige Behauptungen „sind schlicht an den Haaren herbeigezogen“.

Kein Beseitigungsanspruch

Denn: 1988 habe das Verwaltungsgericht nicht etwa einen Beseitigungsanspruch entschieden, sondern festgestellt, dass neu beschieden werden müsse. Die Deponie sei nicht nur rechtswidrig, sondern illegal gewesen. Einen gerichtlich festgestellten Beseitigungsanspruch gebe es nicht. Mit Blick auf die Kritik Hüsemanns, der befürchtet, dass die Kommunen mit dem neuen Langzeitvertrag den Beseitigungsanspruch verwässern oder schlimmstenfalls aufgeben, widersprach Franke vehement: „Wir können einen Anspruch, den wir nicht haben, auch nicht aufgeben!“ Vom Oberverwaltungsgericht Lüneburg habe es dazu kein Urteil gegeben, so Franke weiter, weil zwischenzeitlich das Mediationsverfahren an der Evangelischen Akademie zur SAD lief. Und das mündete in den 1999 geschlossenen Vertrag zur Sicherung der SAD.

Zu diesen Sicherungen gehört die seitliche 30-Meter-Dichtwand, eine Oberflächenabdichtung und das Monitoring, das regelmäßig von einem dreiköpfigen Bewertungsgremium für die Kommunalpolitik und die Öffentlichkeit die Untersuchungsergebnisse „übersetzt“. Je-

Dieser Vertrag ist in der gegenwärtigen Situation das Beste, was passieren kann.

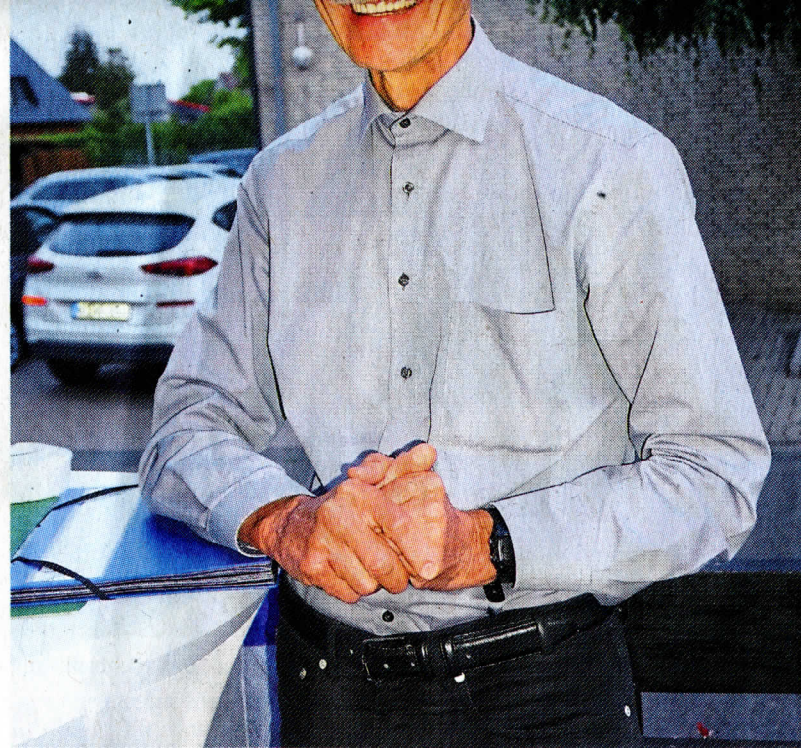
Meinfried Striegnitz,
langjähriger Vorsitzender des Bewertungsgremiums zur SAD

des Jahr gibt es einen Bericht, alle fünf Jahre einen zusammenfassenden und sehr umfangreichen Statusbericht.

Seit 2016 machten sich alle Seiten Gedanken über eine Langzeitsicherung der Deponie. In den Jahren 2020 und 2021 sei das Langzeitmonitoring parallel zum bisherigen Verfahren erprobt worden. Die Ergebnisse beider Verfahren seien nahezu identisch gewesen. „Ich dachte anfangs, beim Langzeitmonitoring würden die Mess-Intervalle und oder Anzahl der Messstellen weniger. Das ist aber nicht so“, betonte Franke. Wenn man aber über ein Langzeitmonitoring spreche, lasse sich das nur schwerlich mit Fünf-Jahres-Verträgen abbilden. Es gebe die von den BIs und Hüsemann behauptete „Knebelsituation“ nicht. Es gehe jetzt darum, das bisher Erreichte zu sichern.

Vertrag schränkt nicht ein

Die aktuelle personelle Besetzung im niedersächsischen Umweltministerium und das klare Bekenntnis von Umweltminister Lies zur Verantwortung des Landes sprächen dafür, eine Langzeitvereinbarung jetzt zu treffen. „Es ist einfach nicht richtig, dass uns dieser Vertrag einschränkt. Genau das Gegenteil ist der Fall!“, bekräftigte Franke. Auch der Vorwurf, dass Frank Schmidt als Mitglied des Bewertungsgremiums der SAD für die drei Anrainerkommunen nicht zu dem Vertragsent-



Meinfried Striegnitz, von Beginn an Vorsitzender des Bewertungsgremiums, wurde in einer Sitzungsunterbrechung des Stadtrates zum Vertragsentwurf für die Langzeitsicherung der SAD angehört.

FOTO: RECKLEBEN-MEYER

wurf gehört worden sei, greife nicht: „Das ist selbstverständlich passiert.“ Schmidt habe am Entwurf kritisiert, dass dort von Gefahrenabwehr statt Beseitigung die Rede sei. „Die Beseitigung als Ziel geben wir aber nicht auf“, machte Franke die Unterscheidung zwischen Anspruch und Zielsetzung deutlich. Ein sicheres Verfahren zur Beseitigung gebe es derzeit auch aus fachlicher Sicht nicht. Vergleiche mit erfolgten Beseitigungen, wie im schweizerischen Kölling, seien mit der Deponie-Situation in Mönchehagen nicht vergleichbar.

Alternative hieße kein Vertrag

Der angestrebte Langzeitvertrag sei weder überhastet – weil diese Überlegungen seit 2016 im Raum stünden – noch undemokratisch. „Hier ist das Organ, das demokratisch darüber entscheidet“, so Franke im

Stadtrat. Die in der Kritik stehende „verhältnismäßige Lösung“ sei ein juristischer Grundsatz. „Was daran falsch sein soll, weiß ich nicht“, sagte der Stadtbürgermeister. Die Alternative zu diesem anvisierten Langzeitvertrag sei nicht etwa die Beseitigung, sondern kein Vertrag oder einer mit kurzer Laufzeit. Auch der Vorwurf, dass die Kommunen damit in einen „Vergleich“ liefen, greife aus seiner Sicht nicht. „Dann sind wir seit 20 Jahren in einem Vergleichsverfahren.“

Punkt verschieben?

Ernst Busse (CDU) überzeugte das Statement von Stadtbürgermeister Franke nicht in Gänze. Er beantragte mit Blick auf die nicht übereinstimmenden Aussagen von Hüsemann und Franke, den Punkt zu verschieben. Auch Jürgen Wagner (SPD) war der Auffassung, man

Vertrag ist in der gegenwärtigen Situation das Beste, was passieren kann“, sagte Striegnitz. Das Land Niedersachsen werde mit diesem neuen Vertrag sehr viel mehr gebunden als die Kommunen. Aus seiner Sicht „sitzen die Kommunen mit diesem Vertrag nicht vor dem Zaun, sondern am Steuerhebel“. Striegnitz, von Haus aus Diplom-Physiker, hält diesen Vertrag für ein „richtiges Gestaltungs- und Machtinstrument“. Das Land habe mit diesem Vertrag nicht die Hoheit, notwendige Maßnahmen als schlecht oder ungünstig abzulehnen. Das Bewertungsgremium würde im Fall einer notwendigen Nachbesserung der Sicherungsmaßnahmen Vorschläge unterbreiten, an denen das Land nicht vorbeikomme, zeigte sich Striegnitz überzeugt.

Vertagung zurückgezogen

Jürgen Busse sagte nach dieser ausführlichen Beurteilung von Striegnitz, er wisse nicht, ob man das angesichts dessen überhaupt noch verschieben müsse. Dörte Zieseniß unterstrich, sie habe damals auch vor dem Tor der Deponie gesessen und demonstriert, aber eine Möglichkeit zur Beseitigung gebe es derzeit nicht: „Deshalb: Aus meiner Sicht können wir den Vertrag hier und heute absegnen.“ Ernst Busse zog seinen Antrag auf Verschiebung des Punktes zurück.

Dr. Markus Richter (Bündnisgrüne) sagte: „Die Informationen habe meine Bedenken ausgeräumt. Wir haben uns zwar als Rat Bürgerbeteiligung auf die Fahne geschrieben, aber eine nächste Sitzung zu dem Thema bringt uns auch nicht weiter. Mir ist nicht ganz wohl dabei, aber in drei Monaten ist die Situation keine andere.“

Die FDP stellte den Antrag, den Punkt dennoch zu verschieben, auch weil die „BIs nicht gehört wurden“. Beide FDP-Ratsherren stimmten für die Verschiebungen, konnten sich aber bei drei Enthaltungen und einer mehrheitlichen Ablehnung nicht durchsetzen.